

**Medieninformation der NOW vom 15. März 2004
zum Weltwassertag am 22. März 2004**

EU-Kommission stellt Zweckverbände in Frage

Neue Angriffe aus Brüssel auf die kommunale Wasserversorgung

NOW befürchtet Privatisierung durch die Hintertür zu Gunsten großer Konzerne

Crailsheim. Weit ab von den Bürgerinteressen wird in Brüssel die Privatisierung der öffentlichen Wasserversorgung zielstrebig vorangetrieben. Selbst entgegengesetzte Beschlüsse des Europaparlaments zu derlei Absichten scheinen die EU-Kommission in diesem Bestreben nicht mehr aufzuhalten. Sie hat neuerdings auch den kommunalen Zweckverbänden in Deutschland, die seit Jahrzehnten erfolgreich im Sinne der Bürger die Wasserversorgung sichern, schon mal die gelbe Karte gezeigt und deren Existenzberechtigung in Frage gestellt. Wer für den Bestand der Wasserversorgung in kommunaler Hand und deren demokratische Kontrolle eintritt, kann dieses Treiben der Brüsseler Wettbewerbsfetischisten längst nicht mehr gutheißen. Beispiele anderer Länder zeigen, wer hinter diesen Privatisierungsabsichten steckt und was der Wettbewerb schließlich angerichtet hat: Das kostbare Gut Wasser verkommt zur reinen Handelsware, mit dem viel Geld verdient werden kann. Qualität und Schutz des Wassers drohen samt der Versorgungssicherheit auf der Strecke zu bleiben. Die Geschäftsleitung des kommunalen Zweckverbands Wasserversorgung Nordostwürttemberg (NOW), Partner für 100 Städte und Gemeinden mit rund 565.000 Einwohnern im Nordosten des Landes, wird deshalb eine Resolution in die Entscheidungsgremien der NOW einbringen, die sich eindeutig gegen eine Privatisierung des empfindlichen Wassersektors zu Gunsten privatwirtschaftlicher Konzerne mit Gewinnerzielungsabsichten wendet.

.....

Die Lobbyarbeit großer Konzerne hat innerhalb kurzer Zeit die Wasserpolitik in Brüssel nachhaltig beeinflusst und in Richtung Marktwirtschaft gelenkt. Im Mai 2003 hatte die EU-Kommission das sogenannte „Grünbuch zu den Dienstleistungen von allgemeinem Interesse (DAI)“ veröffentlicht. In Bezug auf die Wasserversorgung war die Zielrichtung klar: Dieser Bereich wurde als „Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse“ eingestuft und damit sollte im Ergebnis das EU-Wettbewerbsrecht gelten. Das war ein 180-Grad-Schwenk in der europäischen Wasserpolitik. Denn noch im Jahr 2000 ist in der EU-Wasserrahmenrichtlinie das Wasser als unverzichtbare Lebensgrundlage und nicht als reine Handelsware (vergleichbar mit Strom und Gas) bezeichnet worden.

EU-Parlament gegen Liberalisierung der Wasserversorgung

Nach turbulenten Diskussionen hat das EU-Parlament (EP) am 14. Januar 2004 eine EntschlieÙung zu dem Grünbuch DAI verabschiedet. Vom EP wird einer geplanten EU-

Binnenmarkt-Richtlinie für die Dienstleistungen der Wasser- und Abwasserwirtschaft à la Strom und Gas eine klare Absage erteilt. Das Wasser darf folglich keiner Liberalisierung unterzogen werden. Jetzt liegt der Ball wieder bei der EU-Kommission, die an dieses Veto des EU-Parlaments nicht gebunden ist. Und prompt geht der Privatisierungs-Zirkus weiter. Ein neues Grünbuch der EU-Kommission mit dem Titel „Konzessionen/Public-Privat-Partnership“ wird demnächst auf dem Tisch liegen. Danach soll Städten und Gemeinden künftig nicht mehr erlaubt sein, die Wasserversorgung ausschließlich in eigener Regie zu betreiben. Vielmehr wird ein Ausschreibungszwang eingeführt, der privaten Betreibern bzw. Konzernen Tür und Tor für die Beherrschung des Wasser- und Abwassersektors weit öffnen wird. Ziemlich verharmlosend wird in Brüssel aber noch von einem „Prüfauftrag“ besprochen.

EU-Kommission will Zweckverbände zerschlagen

Als reinen Privatisierungswahn bezeichnet die NOW-Geschäftsleitung die Absichten der EU-Kommission, die Rechte kommunaler Zweckverbände zur Aufgabenerfüllung einzuschränken oder gar zu entziehen. Denn nicht anders kann die Kritik der Kommission verstanden werden, kommunale Aufgaben (und dazu gehört die Wasserversorgung) auf kommunale Zweckverbände zu übertragen. Die EU-Kommission ist ernsthaft der Meinung, vorab sei Wettbewerbs- und Vergaberecht mit der Folge einer Ausschreibungspflicht anzuwenden. Nach Meinung der NOW-Geschäftsführer Ernst Rommel und Gerhard Leupold können solche Ideen nur dort entwickelt werden, wo die berechtigten Interessen der Bürgerschaft mächtigen Wirtschaftsinteressen im Wege stehen. Denn die Zerschlagung von kommunalen Zweckverbänden ohne Gewinnerzielungsabsichten, die seit Jahrzehnten gute Arbeit leisten, hätte einen hohen Preis. Hier könnte ein Konzern auf einen Schlag große Gebiete an sich ziehen. Er müsste sich um die Gewinnung einzelner Kunden gar nicht mehr bemühen, er bekäme alle auf einen Streich mit allerbesten Aussichten auf schöne Gewinne.

Der Verband kommunaler Unternehmen VKU hat sich bereits vehement gegen derlei Absichten der EU-Kommission gewandt. Er sieht in der Bildung eines Zweckverbands einen rein innerorganisatorischen Akt der Städte und Gemeinden, der weder einer Ausschreibungspflicht noch dem Wettbewerbsprinzip unterliegt.

So weit darf es nicht kommen, dass große Weltkonzerne das Rückgrat der kommunalen Infrastruktur (und das ist zweifellos die Wasserversorgung) landes- oder gar bundesweit in die Hände bekommen. Das wäre nicht zuletzt ein großer Verlust an demokratischer Mitverantwortung für die gesamte Bürgerschaft. Und es darf nicht auch noch die Wasserversorgung, wie auf dem Stromsektor im Ausland teilweise schon geschehen, an die Wand gefahren werden mit dem Verlust von Versorgungssicherheit und Tausenden von Arbeitsplätzen, so die NOW-Geschäftsleitung.

.....

Auskünfte geben gerne die NOW-Geschäftsführer Gerhard Leupold und Ernst Rommel unter 07951 / 481-0 - - - Weitere Informationen zur NOW auf der Webseite www.now-wasser.de